

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXV/6

Bonn, den 12. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Die Pawlow'schen Hunde der CDU</u> Von Marx zu Marx Von Dr. Hans Apel, MdB	32
2	<u>Spiel mit Schicksalen</u> Kriegsopfer dürfen nicht durch parteitaktische Manöver benachteiligt werden Von H.G. Ritzel	45
3 - 3a	<u>"Atomkraftwerk-Krieg" zwischen Baden Württemberg und der Schweiz</u> Frage: Wie warm darf der Rhein werden? Von Hermann Battaglia, Bern	60
4	<u>Computer und Schule</u> Vielversprechende Versuche in Hamburg Von Oberschulrat Dr. Otto Hahn, Hamburg	46
5	<u>"Mr. Nixon, Sie können Krebs heilen!"</u> Ein Aufruf zur Krebsbekämpfung in den Vereinigten Staaten Von Paul Neumüller, New York	46

Die Pawlow'schen Hunde der CDU

Von Marx zu Marx

Von Dr. Hans Apel, MdB

Die "Springer-Presse" klingelt und einzelnen CDU-Abgeordneten läuft das Wasser im Mund zusammen. Dieses Verhalten in Detailfragen der Ost- und Deutschlandpolitik ist seit einigen Monaten unübersehbar. Man liest in der "Welt" Meldungen über mehr oder minder wichtige und wichtige Ereignisse und Entscheidungen im Bereich der Ostpolitik, und schon laufen im Bundestag von einigen CDU-Abgeordneten Anfragen ein, die die "finsteren Absichten der Bundesregierung entlarven" sollen.

So berichtete "Die Welt" vor einigen Tagen über die schon seit langem vorgesehene Versetzung eines Funktionärs der deutschen Botschaft in Moskau nach Washington und will daraus persönliche wie politische Schlussfolgerungen ableiten. Sofort rollen für die Fragestunden des Deutschen Bundestages die entsprechenden Anfragen zweier Abgeordneter der CDU, unserer Kollegen Marx und von Wrangel, an. Einen Trost haben diese bei ihrer erfüllenden und dienenden Funktion. Ihnen werden die Zeitungsspalten der "Klingler" gnädig geöffnet und ihre Banalitäten sollen so der Stempel großer politischer Ereignisse bekommen.

Es kann von diesen Kollegen nicht die Einsicht verlangt werden, daß ihr Verhalten im Endeffekt unserer Deutschland- und Ostpolitik schadet und damit unserem nationalen Interesse entgegensteht. Sie sind wohl überfordert, das zu erkennen.

Karl Marx hat in seinem Buch "Der 18. Brumaire des Louis Napoleon" das Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten folgendermaßen dargestellt:

- * "Der Rednerkampf auf der Tribüne des Parlaments ruft den
- * Kampf der Pressebengel hervor... Wenn Ihr auf den Gipfeln
- * des Staates die Geige streicht, was anderes ist zu erwarten,
- * als daß sie drunten kämpfen?"

Es ist amüsant, daß unser CDU-Marx, nur Namensvetter des großen Politikers und Soziologen Karl Marx, immer wieder dieses Verhältnis umdreht. Er tanzt und springt, wenn andere fiedeln. Daß er dabei oben-drein noch auf dem falschen Bein stehend Hurra schreit, ist mehr am Rande zu vermerken.

Spiel mit Schicksalen

Kriegsopfer dürfen nicht durch parteitaktische Manöver
benachteiligt werden

Von H.G. Ritzel

Die Verzögerung der Entscheidung über die Erhöhung der Kriegsopferrenten durch einen Antrag von der CDU geführten Länderregierungen im Bundesrat weckt unangenehme Erinnerungen. Vor wenig mehr als sechs Jahren bestand Veranlassung, zu einem ähnlichen Verhalten der CDU Stellung zu nehmen; nur war damals die CDU als Regierungspartei bemüht, die Kriegsopferrenten nach Möglichkeit nur gering zu erhöhen, während sie heute den gegenteiligen Eindruck zu erwecken versucht.

Damals fanden Monate hindurch Verhandlungen statt, es wurden Hoffnungen auf eine ausreichende Verbesserung der Bezüge der Kriegsopfer, der Waisenkinder, der Kriegseltern geweckt, um schließlich im Etatentwurf 1964 nur die Hälfte des wirklich benötigten Bedarfs zu bewilligen. Man redete damals von einem Stufenplan, um ihn schließlich wieder preiszugeben.

Ein Ausschuß des Bundestages beschloß auf Grund sozialdemokratischer Vorstellungen und einiger weniger Unterstützungen aus Kreisen der CDU und FDP eine Neuregelung ab 1. Oktober 1963. Die Mehrheit im Haushaltsausschuß aber verband die notwendige Neuregelung mit der Verabschiedung des Haushaltsplans 1964, der erst im Rechnungsjahr 1964 selbst im Bundestag eingebracht werden konnte.

Mit dieser Taktik wurde erreicht, daß eine Rückwirkung ab 1. Oktober 1963 unmöglich war. Ein Protestmarsch der Kriegsopfer durch Bonn blieb ohne Wirkung. Ohne Wirkung blieben auch die Warnungen, die auf die mögliche Staatsverdrossenheit und die bittere Enttäuschung der Kriegsopfer hinwiesen.

Wie falsch es ist, das Notwendige nicht zur rechten Zeit zu tun, sollte die Erfahrung und Geschichte lehren. Die Kriegsopfer sollten die Letzten sein, deren Kaufkraft man hintanhalten kann, um einer überbordenden Wirtschaft zu begegnen. Moralisches Recht und psychologisches Verständnis kann man nicht mit politischen Kleingeld abzahlen.

Der Vermittlungsausschuß, dessen Aufgabe es ist, Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundestag und Bundesrat nach Möglichkeit einem Ausgleich entgegenzuführen, wird demnächst tagen. Diesem Vermittlungsausschuß gehören Vertreter des Bundestages und des Bundesrates an, sie sind nicht an Aufträge und Weisungen gebunden. Wie sie entscheiden, bleibt abzuwarten. Aber eine Lehre sollte die Öffentlichkeit und sollten vor allem auch die Kriegsopfer aus diesem merkwürdigen Vorgang des Verhaltens der von der CDU geführten Länderregierungen schon jetzt ziehen: Wenn im Laufe dieses Jahres Landtagswahlen zur Durchführung gelangen, sollten die Kriegsopfer sich daran erinnern.

In unserem föderalistischen Staatssystem kommt es eben auch auf die Haltung der einzelnen Landesregierungen im Deutschen Bundesrat an. Diese Haltung ist von der Zusammensetzung der jeweiligen Landesregierungen abhängig. Die Zusammensetzung der Landesregierung aber ist abhängig von der Entscheidung der Wähler, und das ist etwas, was zum Nachdenken anregt.

"Atomkraftwerk-Krieg" zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz

Frage: Wie warm darf der Rhein werden?

Von Hermann Battaglia, Bern

Zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz ist der "Atomkraftwerk-Krieg" ausgebrochen. Der Streit dreht sich darum, wieviel Kühlwasser jedes der beiden Länder dem Hochrhein entnehmen darf.

In der zukünftigen Energieversorgung werden die Atomkraftwerke eine sehr große Rolle spielen. Derartige Anlagen müssen gekühlt werden, was auf verschiedene Arten möglich ist. Am wirtschaftlichsten geschieht das so, daß einem Fluß Wasser entzogen wird. Dieses wird "nach getaner Arbeit" in das gleiche Gewässer zugeleitet. Die Sache hat allerdings einen Haken: Das Wasser wird während des Kühlvorgangs erwärmt und strömt "mit gesteigener Temperatur" in den Fluß zurück, der dadurch ebenfalls aufgewärmt wird. Jede Erwärmung wirkt sich aber auf das Wasser wie eine Verschmutzung aus. Eine schweizerische Expertenkommission ist zur Auffassung gelangt, daß bei Wasser zweiter Güteklasse eine Erwärmung um maximal drei Grad auf höchstens 25 Grad "unschädlich" sei. Dank der in immer größerer Zahl gebauten Kläranlagen hofft man die Wasserqualität von Aare und Rhein im Laufe der nächsten Jahre auf diese Stufe heben zu können.

Die oben aufgezeigten Wärmelimiten würden bei niedrigster Wasserführung und ungünstigsten Verhältnissen eine totale Atomkraftwerkleistung von 2.100 Megawatt erlauben. Mit den in der Schweiz bereits probeweise betriebenen, im Bau befindlichen und ganz oder teilweise bewilligten Werken würde diese Leistung bei Vollbetrieb bereits leicht überschritten. Zudem spricht man bereits von weiteren Anlagen. Eine Kommission hat sich deshalb an die Arbeit gemacht, um einen Wärmelastplan aufzustellen, welcher den an Hochrhein und Aare gelegenen Kantonen ihren Wärmeanteil zuerkennen wird. Ebenfalls ist ein Betriebsreglement in Ausarbeitung, welches den Werken vorschreiben wird, den Be-

trieb zu drosseln, wenn Aare und Hochrhein bei voller Arbeit zu stark erwärmt würden. Den Kraftwerken wäre es natürlich freigestellt, statt zu drosseln auf andere Kühlsysteme auszuweichen. Solche Situationen dürften aber sehr wahrscheinlich nur alle zwei bis drei Jahre vorkommen und dann nicht allzulange dauern.

Die für ungünstigste Verhältnisse noch tragbare Gesamt-Atomkraftleistung von 2.100 Megawatt gilt natürlich sowohl für Anlagen diesseits und jenseits des Rheins. In der Schweiz ist man sich darüber klar, daß der Bau von rheinwassergekühlten Atomkraftwerken auf deutscher Seite zur Folge hätte, daß die der Schweiz zur Verfügung stehende Kühlwasserkapazität entsprechend kleiner würde. Nach Schweizer Auffassung ist dieses Problem heute völkerrechtlich noch nicht geregelt. Seit einiger Zeit sind deshalb Verhandlungen mit Baden-Württemberg im Gange, um die Kühlwassermengen aufzuteilen. Bern ging es vorerst darum, das deutsche Wohlwollen für die bereits in Realisierung befindlichen Werke zu gewinnen. Als Endziel hatte man sich aber eine Verteilung vorgenommen, die der "Wasserlieferung" entsprechen würde. Das gäbe in bezug auf den Rhein rund 80 Prozent für die Schweiz.

Vielleicht ist das den Verhandlungspartnern aus Baden-Württemberg, denen ein Verteiler 50 : 50 vorschwebt, zu wenig klar mitgeteilt worden. Das scheint die plausibelste Erklärung dafür zu sein, daß die Landesregierung zwischen der Gesprächsrunde von Ende November und der für Ende Januar vorgesehenen an das Bonner Außenministerium gelangt ist mit dem Ersuchen, in Bern vorstellig zu werden. Die Schweizer Forderung auf 80 Prozent entspreche nicht den Regeln des internationalen Wasserrechts.

Wie der "Krieg" ausgehen wird, ist noch ungewiß. Sicher wird der Vorfall aber denjenigen Kräften in der Schweiz Auftrieb geben, welche aus den verschiedensten Gründen gegen die Errichtung der Atomkraftwerke oder deren Kühlung mit Flußwasser sind. Es ist zu erwarten, daß das Argument an Anhängern gewinnt, man hätte besser getan, den ganzen Problembereich vorerst restlos abzuklären, bevor überhaupt eine einzige Bewilligung für ein Atomkraftwerk erteilt worden wäre.

Computer und Schule

Von Oberschulrat Dr. Otto Hahn, Hamburg

Bei den Bemühungen, Methoden und Planung des Unterrichts den Bedürfnissen und Möglichkeiten unserer Zeit anzupassen, gewinnt der Computer immer mehr an Bedeutung. Bekannt sind die Versuche zum computerunterstützten Lernen, bei dem die eigentliche Rechenanlage mit ihren unter Umständen räumlich weit entfernten Anzeigegeräten und Datenstationen mit Hilfe eines ihr eingegebenen Unterrichtsprogramms dem Lernenden Informationen vermittelt und den Lernprozeß sowohl steuert als auch überwacht. Eine über einzelne Versuche hinausgehende breit angelegte Verwendung hängt nicht nur davon ab, ob man über eine Datenverarbeitungsanlage ausreichender Kapazität verfügt, sondern viel mehr noch davon, ob eine genügend große Anzahl erprobter guter Unterrichtsprogramme für die jeweiligen Fächer vorhanden ist. Vorerst ist das noch nicht der Fall.

Neben der Verwendung des Computers zur Unterstützung des Lernvorgangs laufen auch Versuche, Datenverarbeitungsmaschinen zur Unterstützung des Lehrers bei der Korrektur und Auswertung passend angelegter Testarbeiten heranzuziehen, zum Beispiel bei der Auswertung einer für alle Klassen einer bestimmten Stufe verbindlichen Arbeit mit zentral gestellten Aufgaben. Abgesehen von der beträchtlichen Arbeitsersparnis ist die Auswertung einer solchen Arbeit nach verschiedenen Gesichtspunkten sehr viel schneller als bisher möglich.

Besonders wichtig und erfolgversprechend sind die Versuche, den Computer für die Verwaltung und das Management auf dem Schulsektor einzusetzen. Zur Zeit wird daran gearbeitet, die bereits entwickelten Programme zur maschinellen Erstellung von Stunden- und Raumverteilungsplänen für die einzelnen Schulen so zu vervollständigen, daß künftig diese Pläne auch für Groß-Schulen mit stark gegliederten Schülergruppen und zahlreichen Fächerkombinationen (zum Beispiel Gesamtschulen) schon beim ersten Durchgang im Computer allen von der Praxis her gestellten Anforderungen genügen. Da ein derartiger Plan sehr viele voneinander abhängige Bedingungen enthält, kommen für seine Erstellung nur die ausgesprochenen Großrechner in Betracht. Ihr Einsatz für diese Aufgabe ist zwar nur zweimal im Jahr nötig, er erspart aber der Schulleitung künftig wochenlange schwierige und umfangreiche Arbeit. Im gegenwärtigen Stadium kann man sagen, daß der Stunden-, Raum- und Personalplan eines Gymnasiums zu gut 80 Prozent maschinell aufgestellt werden kann. Der Rest von 20 Prozent, darunter auch Unzulänglichkeiten oder Fehler des Maschinen-Plans, muß noch von der Schulleitung erarbeitet werden.

In Hamburg arbeitet bereits ein Gymnasium nach einem so erstellten Plan; für ein anderes großes Gymnasium wird der Plan zur Zeit in einem Rechenzentrum aufgestellt. Von dem Ausgang dieses und eines ähnlichen Versuches in einem anderen Bundesland hängt es ab, ob beispielsweise alle Gymnasien die Stundenpläne maschinell aufstellen lassen können. Zur Bewertung des Versuchsergebnisses müssen die Erfahrungen und Berichte der Lehrer und Schüler, die nach diesen Stundenplänen arbeiten, abgewartet werden.

"Mr. Nixon, Sie können Krebs heilen!"

Ein Aufruf zur Krebsbekämpfung in den Vereinigten Staaten

Von Paul Neumüller, New York

Mit einer ganzseitigen Anzeige in der "New York Times" richtete das Bürgerkomitee für die Krebsbekämpfung unter der Federführung des Arztes Dr. S. Garb am 17. Dezember 1969 einen Appell an Präsident Nixon, künftig mehr Geld im Bundeshaushalt für die Krebsbekämpfung zur Verfügung zu stellen. - "Mr. Nixon, Sie können Krebs heilen" heißt es in der Überschrift des Appells.

Es heißt dann: "Im letzten Jahr sind 318.000 Amerikaner an Krebs gestorben. Herr Präsident, dieses Jahr liegt es in Ihrer Macht, einen Anfang zur Beendigung dieses Kurses zu setzen. Sie setzen den Haushaltsplan fest und wir bitten Sie, sich hierbei an die 318.000 Krebsverstorbenen und deren Angehörige zu erinnern. Wir erinnern Sie dringend daran, daß jeden Tag im militärischen Bereich mehr Geld ausgegeben wird, als in einem Jahr für die Krebsforschung zur Verfügung steht. Im letzten Jahr wurde für die Weltraumforschung einundzwanzigmal mehr ausgegeben, als für die Bekämpfung des Krebses. Wir fordern eine bessere Perspektive, einen vernünftigeren Weg, unsere Steuergelder zu verplanen, um das Leben von Hunderttausenden zu retten. Amerika kann es tun. Prominente Krebsforscher haben keinen Zweifel, daß die endgültige Lösung zur Bekämpfung des Krebses gefunden werden kann.

Vier von 200 Krebsarten können bereits durch Medikamente geheilt werden; 37 andere Medikamente stehen schon für 17 weitere Krebsarten zur Verfügung. Wir glauben, daß wir unmittelbar vor einer Lösung zur Heilung der Krebserkrankten stehen. Wir benötigen das Geld, die Planung und die Organisation, die eingesetzt waren, um Männer auf den Mond zu schießen.

Warum versuchen wir nicht, die Krebsbekämpfung zum 200. Geburtstag Amerikas in den Vordergrund zu stellen? Das wäre ein schöner Feiertag. Krebs braucht in Zukunft nicht mehr zu bedeuten, als heute Pocken-erkrankungen, Diphtherie und Kinderlähmung, die so gut wie ausgestorben sind.

Jeder sechste Amerikaner, das sind 34 Millionen Personen, wird an Krebs sterben, wenn wir in der Krebsforschung nicht weiterkommen. Jeder vierte Amerikaner, das bedeutet 51 Millionen Menschen, werden in Zukunft vom Krebs befallen sein. Dies können wir uns aber einfach nicht leisten.

Unsere Nation hat das Geld und die geeigneten Wissenschaftler zur Hand. Wir müssen zusammenstehen und die Krebsbekämpfung gemeinsam durchführen. Wir sind sicher, daß der Krieg gegen den Krebs hundertprozentig von unseren Landsleuten unterstützt wird. Es ist ein Krieg, in dem wir im letzten Jahr einundzwanzigmal mehr Leben verloren haben, als im gleichen Zeitraum in Vietnam. Dies ist aber ein Krieg, den wir gewinnen können und dann wird uns die gesamte, menschliche Gesellschaft dafür dankbar sein."

Abschließend wurden die Amerikaner aufgefordert, dem Präsidenten zu schreiben, künftig mehr Geld für die Krebsbekämpfung zur Verfügung zu stellen.